

Fiskalpakt und ESM: viele Fragen, einige Antworten

Eigentlich wollte die Bundesregierung ESM-Vertrag und Fiskalpakt als Paket im Bundestag am 25. Mai beraten und endgültig beschließen lassen. Diesen Zeitplan konnten Angela Merkel und ihre schwarz-gelbe Koalition aufgrund des Widerstands aus Europa – allen voran vom neuen französischen Präsidenten François Hollande – sowie der Opposition im Bundestag nicht halten.

Da der Fiskalpakt einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat bedarf, ist die Koalition auf die Stimmen der SPD angewiesen. Die SPD hat gegenüber der Bundesregierung stets deutlich gemacht, dass sie dem Fiskalpakt nicht ohne Bedingungen zustimmen wird. Es besteht noch erheblicher Gesprächsbedarf. Da mich in den vergangenen Wochen viele Fragen zum Thema erreicht haben, will ich hier einige Antworten – vor allem zum besseren Verständnis des Abstimmungsverfahrens – liefern.

Wie stehen Fiskalpakt und ESM-Vertrag zueinander im Verhältnis?

Es handelt sich um formal eigenständige Verträge, die unabhängig



Der neue französische Präsident François Hollande will Merkels radikale Sparpolitik in Europa neu diskutieren. Der französische Sozialist fordert wie auch die SPD unter anderem Investitionsprogramme und Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit in der EU.

Foto: Jean-Marc Ayrault (jmayrault/flickr.com)

voneinander geschlossen werden. Allerdings gibt es einen inhaltlichen Bezug zwischen ESM-Vertrag und Fiskalpakt: Ab dem 1. März 2013 dürfen nur noch solche Staaten die Hilfen des ESM-Vertrags in Anspruch nehmen, die den Fiskalpakt ratifiziert haben.

Die Bundeskanzlerin verbindet heute beide Verträge aber vor allem politisch, um die zahlreichen Geg-

ner des ESM-Vertrags in den eigenen Reihen zu besänftigen.

Gibt es eine Verpflichtung, dass ESM-Vertrag und Fiskalpakt gemeinsam ratifiziert werden müssen? Hätte es eine Konsequenz, wenn der Fiskalpakt später in Kraft treten würde?

Fortsetzung auf Seite 2

2 | Die Bundespolitik

Fortsetzung von Seite 1

Fiskalpakt und ESM: Viele Fragen, einige Antworten

Die Bundesregierung beabsichtigt zwar, ESM und Fiskalpakt gemeinsam zu behandeln. Rechtlich notwendig ist dies jedoch keinesfalls. Eile geboten ist lediglich beim ESM-Vertrag, der zum 1. Juli 2012 in Kraft treten soll. Da ein großer Teil der europäischen Staaten den Fiskalpakt erst in der zweiten Jahreshälfte ratifiziert und dieser ohnehin frühestens zum 1. Januar 2013 in Kraft tritt, ist für die Beratung des Fiskalpakts im Bundestag keine Eile geboten. Er muss nicht zwingend gemeinsam mit dem ESM-Vertrag verabschiedet werden.

Wie verläuft aktuell die Ratifizierung des ESM in den übrigen Mitgliedstaaten?

Da der ESM-Vertrag am 1. Juli 2012 in Kraft treten soll, ist die Ratifikation hier – im Gegensatz zum Fiskalpakt – bereits fortgeschritten.

Ab wann gelten die Vorgaben des Fiskalpakts? Gibt es einen Übergangszeitraum?

Der Fiskalpakt tritt am 1. Januar 2013 in Kraft, soweit ihn bis dahin

zwölf Vertragsparteien ratifiziert haben, deren Währung der Euro ist. Sollte dies am 1. Januar 2013 nicht der Fall sein, tritt der Vertrag am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf die Ratifizierung des zwölften Euro-Staats folgt.

Welche Folgen ergeben sich für Bund und Länder mit Blick auf die Einhaltung der Schuldenregel nach dem Fiskalpakt? Erfüllt die deutsche Schuldenbremse sämtliche Anforderungen des Fiskalpakts und der ihm konkretisierenden Ergänzungen?

Das zentrale Element des Fiskalpakts ist die Einführung einer Schuldenbremse in den Vertragsstaaten. Mit dem Inkrafttreten des Fiskalpakts sind die Vorgaben zur Schuldenbremse innerhalb von einem Jahr in innerstaatliches Recht umzusetzen. Deutschland hat bereits eine Schuldenbremse, die den Bund und die Länder betrifft.

Die Länder befürchten einen zusätzlichen Spardruck auf ihre Haushalte, denn durch den Fiskalvertrag wird Deutschland als Gesamtstaat zur Umsetzung der europäischen

Schuldengrenze - strukturelles Defizit von maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) - verpflichtet. Das bedeutet, dass nicht nur der Haushalt des Bundes, sondern auch die Haushalte der Länder betroffen sind. Diese sind aber nach der nationalen Schuldenbremse erst ab dem Jahr 2020 zu strukturellen Null-Defiziten verpflichtet und der Bund darf ab 2016 nur noch ein strukturelles Defizit von 0,35 Prozent des BIP eingehen. Die europäische Schuldengrenze bindet Deutschland jedoch voraussichtlich bereits ab dem Jahr 2014.

Ein Jahr nach Inkrafttreten muss die Schuldenbremse gemäß Art. 3 des Fiskalpakts in den beteiligten Staaten eingeführt sein. Den zeitlichen Rahmen für die Annäherung an einen ausgeglichenen Haushalt im Sinne von Art. 3 Absatz 1 des Fiskalpakts schlägt die Kommission vor. Richtwert zur Reduzierung des Gesamtdefizits ist ein jährlicher Abbau von einem Zwanzigstel des Defizits, das über der Marke von 60 Prozent in Relation zum BIP liegt.

Manfred Nink MdB

Der Weg aus der Krise – Wachstum und Beschäftigung in Europa

Am 15. Mai haben Sigmar Gabriel, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück ein Konzept für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa vorgelegt. Es trägt den Namen „Der Weg aus der Krise – Wachstum und Beschäftigung in Europa“.

Die drei SPD-Politiker fordern in ihrem sechsseitigen Positionspapier ein starkes Wachstums- und Investitionsprogramm, mit dem verhindert werden soll, dass durch

die strikte Sparpolitik des Fiskalpaktes die Volkswirtschaften überall in Europa zusammenbrechen. Unter anderem braucht Europa deshalb ein Sofortprogramm gegen Jugend Arbeitslosigkeit und eine „Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft: Weniger spekulative und kurzfristig angelegte Wertabschöpfung, mehr innovative Wertschöpfung in Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen, mit mehr Investitionen in Bildung, Forschung und

Entwicklung sowie in Infrastrukturen, die den Strukturwandel befördern, etwa in dringend erforderliche Stromnetze“, heißt es im Papier. Dazu gehört nicht zuletzt auch eine gerechte Besteuerung und eine entschlossene Regulierung der Finanzmärkte.

Das Positionspapier zum Nachlesen und zum Download im Internet:

www.spd.de/linkableblob/72310/data/20120515_wachstumspakt.pdf

Zwei SPD-Abgeordnete aus der Region

Erfolgreiche Premiere des Planspiels „Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion

Auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion fand vom 6. bis 8. Mai 2012 das Planspiel „Zukunftsdialog“ in Berlin statt. Mit dabei waren Constanze Potthoff aus Trier und Hao Vu aus Bernkastel-Kues. Sie hatten sich bei Manfred Nink mit einem Beitrag zum Thema „Sozial - Was bedeutet das für mich?“ erfolgreich um die Teilnahme beworben. Im Spreebrief berichten sie von ihren Erfahrungen.

Ziel des Planspiels war, den über 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Deutschland den Arbeitsalltag der Bundestagsabgeordneten zu zeigen. Dazu schlüpfen die Jugendlichen für drei Tage in die Rolle der Politikerinnen und Politiker. Sie diskutierten in sechs verschiedenen Arbeitsgruppen ihre politischen Ideen und arbeiteten eigene Anträge aus. Die einzelnen inhaltlichen Schwerpunkte durften sie unter sachkundiger Anleitung von Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern selber setzen.

Als Planspiel-Bundestagsabgeordnete vertraten Constanze Potthoff aus Trier und Hao Vu aus Bernkastel-Kues die Region Trier in der SPD-Planspiel-Fraktion.

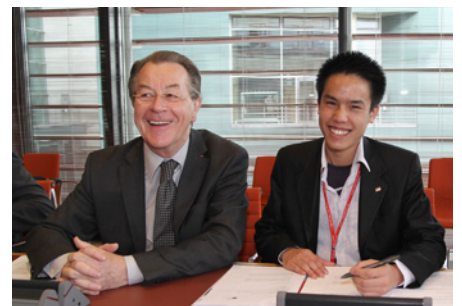
Constanze Potthoff: „Ich war in der Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Technologie. Bislang war ich überhaupt noch nicht mit dem politischen Arbeitsalltag der Abgeordneten vertraut. Ich weiß jetzt, wie schwierig – aber auch wie interessant und aufregend – die politische Arbeit sein kann und möchte mich in Zukunft mehr engagieren! Die Zeit in Berlin war unglaublich lehrreich.“

Hao Vu: „Ich bin mit den Ergebnissen der Planspiel-Bundestagsfraktion auch sehr zufrieden. Meine Erfahrung als junger Sozialdemokrat haben mir sicherlich geholfen und ich konnte mein Wissen gut in meiner Arbeitsgruppe für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einbringen. Unser Antrag der Arbeitsgruppe wurde in vielen lebhaften Diskussionen erarbeitet. Wir standen dabei ziemlich unter Zeitdruck. Das hart errungene Ergebnis wurde schließlich auch in weiten Teilen von den ‚echten‘ Abgeordneten befürwortet. Uns wurde versichert, dass unsere Ideen in die Arbeit der Abgeordneten mit einfließen.“

Die SPD-Fraktion ist die erste Fraktion im Deutschen Bundestag, die ein Planspiel in dieser Art und Weise für Jugendliche organisiert hat. In Zukunft soll der Dialog weitergeführt werden, um weitere Jugendliche für die Auseinandersetzung mit politischen Themen und für die politische Arbeit zu begeistern. Als Schlusswort appellierte die parlamentarische Geschäftsführerin Petra Ernstberger an alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass sie sich in Zukunft weiter in der Politik engagieren sollen.

Impressionen (von oben nach unten):

- (1) Constanze Potthoff und Hao Vu im Gespräch mit Manfred Nink
- (2) Planspielpolitikerin und Vollzeit-Politiker im Gespräch nach Feierabend
- (3) Hao Vu und Franz Müntefering in der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- (4) Constanze Potthoff bei der Vorstellung der Ergebnisse der AG Wirtschaft und Technologie
- (5) Hao Vu bei seiner Vorstellung vor der Planspiel-Fraktion



Fotos: map (1), BILDSCHÖN (2-5)

4 | Aus Partei und Fraktion

Glückwunsch, Hannelore!



Rot-Grüne Koalition in Nordrhein-Westfalen: Nach der Wahl in NRW haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen Koalitionsverhandlungen aufgenommen. Medienberichten zufolge sind Hannelore Kraft und die Grüne Sylvia Löhrmann zuversichtlich, die Gespräche schnell zu einem erfolgreichen Abschluss bringen zu können. Foto: nrwspd (flickr.com)

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die SPD kann es noch. Ein Wahlergebnis von fast 40 Prozent haben sich die Genossinnen und Genossen in Nordrhein-Westfalen nach einem sehr intensiven Kurzzeit-Wahlkampf mehr als verdient. Hannelore Kraft hat als Ministerpräsidentin mit überzeugenden sozialdemokratischen Vorstellungen für ihr Land die Wählerinnen und Wähler überzeugt.

Der Sieg in Nordrhein-Westfalen, der es jetzt möglich macht gemeinsam mit den Grünen eine stabile Regierung für die kommenden fünf Jahre zu bilden, sollte uns auch für die kommenden Aufgaben im Bund – und nicht zuletzt für die Bundestagswahl 2013 – Mut machen und Zuversicht schenken.

Wenn die SPD geschlossen sowie mit klaren Inhalten und festen Positionen auftritt, Persönlichkeit ausstrahlt und Verlässlichkeit vermittelt, dann können Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Vertrauen und Stimmen (zurück-) gewinnen.

Insofern will ich an dieser Stelle Hannelore Kraft und der nordrhein-westfälischen SPD nicht nur zum Wahlerfolg gratulieren, sondern auch danken für diesen tollen Wahlkampf, der Mut für kommenden Aufgaben macht.

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Spreebrief

30. April bis 6. Mai 2012

Teilnahme an der zentralen Mai-Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz in Trier, Gespräch mit dem Botschafter Kolumbiens in Berlin über das Freihandelsabkommen der Europäischen Union mit Kolumbien und Peru, Gespräch mit einer Besuchergruppe aus der Region Schweich

7. bis 13. Mai 2012

Austausch mit den Teilnehmer/innen des Planspiels „Zukunftsdialog“ der SPD-Bundestagsfraktion, Teilnahme an der Vorstellung der Studie „Primus sucht Partner – Die Freihandelsabkommen der EU in Perspektive“ bei der Deutschen Bank in Berlin, Diskussion mit einer SchülerInnen-Gruppe der Realschule Plus aus Ehrang, Termine bei der ADD und dem Trierer Oberbürgermeister zusammen mit dem australischen Botschafter, Besuch des Kita-Festes in Föhren

14. bis 25. Mai 2012

Treffen der MitarbeiterInnen in Trier, Tag der Familie in Schweich, Klausurtagung der AG Wirtschaft und Technologie mit Besuch des Siemens-Turbinenwerks in Berlin, Parlamentarischer Abend der rheinland-pfälzischen Kammern, Gespräche mit SchülerInnen des Humboldt-Gymnasiums Trier und der Realschule Plus aus Ehrang in Berlin

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de